

JAHRESBERICHT 2008

Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung USA und Kanada



Berichterstatlerin: Dr. Almut Wieland-Karimi

Washington, den 15. Januar 2009

INHALTSVERZEICHNIS

Das Wichtigste auf einen Blick

Die Streiflichter	3
-------------------	---

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung

Marathon der Vorwahlkämpfe	4
<i>Yes, we can!</i>	4
Das Erbe Bushs: Ein politischer Scherbenhaufen	6
Der US-Kongress – gestern, heute, morgen	6
<i>From Wall Street to Main Street</i> – die Finanzkatastrophe	8
Arbeitslosigkeit, Renteneinbußen und Schuldenberg	9
Die Krise der Automobilindustrie – der Anfang vom Ende der Großen Drei?	10
Gewerkschaften: Auf die Plätze, fertig, los!	10
Laufenlernen: Die US-amerikanische Klima- und Energiepolitik	11
Draußen viel Neues? – Alte und neue Konflikte in der Welt	12
<i>We want you!</i> – Die Transatlantische Zusammenarbeit	13
Das politische Klima in Kanada	14
<i>Last but not least</i>	15

DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK

Die Streiflichter

- Barack Obama wird zum ersten afroamerikanischen Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Er ernennt Hillary Clinton, seine Demokratische Rivalin bei den innerparteilichen Vorwahlen, zur Außenministerin.
- Der abtretende 43. Präsident der USA, George W. Bush, hinterlässt politisch und wirtschaftlich einen Scherbenhaufen und wird voraussichtlich als einer der schlechtesten Präsidenten in die US-Geschichte eingehen.
- Die Finanzkrise erreicht ihren ersten Höhepunkt mit der Insolvenz der traditionsreichen Investmentbanken *Bear Stearns* und *Lehman Brothers* sowie der beiden größten US-amerikanischen Immobilienfinanzhäuser *Fannie Mae* und *Freddy Mac*. Ende 2008 ist das Ende aller großen Investmentbanken in den USA besiegelt und die Wall Street muss mit einem 700 Mrd. US-Dollar Paket an öffentlichen Geldern gerettet werden.
- Die US-Wirtschaft rutscht in der zweiten Jahreshälfte dramatisch ab, die Arbeitslosigkeit steigt auf 7.2 Prozent. Die „Big Three“, die drei großen Autobauer General Motors, Ford und Chrysler, stehen vor dem Bankrott. Sie bitten den Kongress um Milliarden US-Dollar zur Rettung ihrer Branche. Nach gescheitertem Rettungsversuch durch den Kongress wird ihnen ein 17 Milliarden Paket durch die US-Regierung gewährt.
- Ein Ende des Irak-Kriegs ist mit dem geplanten Truppenabzug der USA bis 2011 absehbar. Dafür verschlechterte sich die Lage in Afghanistan und Pakistan. Eine Stabilisierung dort verlangt ein stärkeres ziviles Engagement und eine politische Lösung.
- Die USA brachten keinen Fortschritt in den Nahost-Friedensprozess, der mit dem Krieg Israels in Gaza einen neuen Tiefpunkt erreicht hat. Die Beziehungen der USA zu Russland sind seit dem Krieg mit Georgien und dem Festhalten an einer US-Raketenstationierung in Polen und Tschechien weiter angespannt.
- Die transatlantischen Beziehungen werden kooperativer, aber auch von höheren Erwartungen seitens der USA und Kanadas an Deutschland geprägt werden. Gerade im Irak und Afghanistan wird ein größerer ziviler deutscher Beitrag eingefordert werden.
- Die Wahlen zum kanadischen Parlament am 14. Oktober – die dritten Parlamentswahlen innerhalb von nur vier Jahren – gewinnen die Konservativen um Premier Stephen Harper. Ein Eklat um das Konjunkturprogramm der neuen Regierung führt zur Regierungskrise und zur Aussetzung des kanadischen Parlaments bis Ende Januar 2009. Die laufenden Diskussionen um die Bildung einer Minderheits-Koalitionsregierung aus Liberalen und sozialdemokratischen New Democrats (NDP) werden am 27. Januar 2009 beendet sein und das Schicksal der Harper-Regierung entscheiden.

DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Marathon der Vorwahlkämpfe

Der Vorwahlmarathon beider großer Parteien begann am 3. Januar 2008 in Iowa. Hier konnte Obama seinen ersten Sieg feiern. Doch schon wenige Tage später konnte Clinton die als richtungsweisend geltende Vorwahl in New Hampshire für sich entscheiden. Auch McCain feierte hier seinen ersten Vorwahlsieg. Hillary Clinton gewann auch die weiteren Vorwahlen in Michigan und Florida im Januar. Allerdings hatten beide Bundesstaaten ihre Vorwahltermine vor den als *Super-Tuesday* bekannten Vorwahltermin am 5. Februar gelegt – ein Verstoß gegen die von der Demokratischen Partei festgelegte Regel. Beide Staaten sollten zunächst keine Delegierten zum Nominierungsparteitag schicken dürfen. Nach zähen Verhandlungen jedoch entschied sich der Demokratische Regelausschuss für einen Kompromiss und beide Staaten durften die Hälfte der üblichen Delegierten schicken.

22 Bundesstaaten hielten am *Super-Tuesday* ihre Vorwahlen ab. Obwohl Barack Obama die Nase in mehr Staaten vorn hatte, konnte Hillary Clinton doch die Staaten gewinnen, die wesentlich mehr Delegierte zum Parteitag schicken. John McCain konnte seine Position ebenfalls stärken, so dass die Republikanischen Mitbewerber relativ schnell ihre Kandidatur zurückzogen. Erst am 7. Juni gab Hillary Clinton auf und überließ Barack Obama das Feld.

Obama und McCain zogen somit als Spitzenkandidaten in den Endspurt. Kurz vor den Nominierungsparteitagen der Demokraten Ende August in Denver und der Republikaner Anfang September in Minneapolis ernannte Barack Obama den langjährigen Senator und erfahrenen Außenpolitiker Joe Biden zum Vizepräsidentenskandidaten. John McCain ernannte die Gouverneurin Sarah Palin aus Alaska zu seiner Vertreterin. Mit dieser Wahl konnte McCain noch einmal – wenn auch nur kurz – in den Umfragen aufholen. Palin konnte jedoch nicht halten, was von ihr erwartet wurde: In wenigen Fernsehinterviews wurde ihre Unerfahrenheit in vielen wichtigen nationalen und internationalen Politikfeldern deutlich. Hart gingen die Kandidaten auf der Zielgeraden miteinander ins Gericht. Der von beiden früh verkündete „Gentlemen Wahlkampf“ wich einer fast schon traditionell zum US-Präsidentenwahlkampf gehörenden öffentlichen Schlammschlacht.

Yes, we can!

Als neben Clinton und McCain Anfang 2007 auch deren Senatskollege Barack Obama seine Präsidentschaftskandidatur bekannt gab, glaubten nur wenige an seinen Sieg. Mit seiner starken Präsenz, neuen Internet-basierten Wahlkampfmethoden und dem Versprechen auf Wandel hat er eine Graswurzelbewegung ins Leben gerufen. Besonders die jüngere Generation hat eine Begeisterung für politische Partizipation und eine Hoffnung auf eine bürgernähere und bessere Politik entwickelt. Die Wahl des ersten afroamerikanischen Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten stellt auch einen Meilenstein in der Bürgerrechtsbewegung dar. Viele Wähler stimmten zudem für die Demokraten, weil sie von diesen eine höhere Kompetenz erwarten, um die

schwere Finanzkrise zu meistern, und darauf hoffen, dass Obama, dessen Vater Kenianer war, das beschädigte Ansehen der USA in der Welt verbessern kann. Mit seiner Wahl wurde auch die katastrophale Regierungsführung der Bush-Administration abgestraft.

Die US-Amerikaner hatten am 4. November eine klare Wahl zu treffen: zwischen einem jungen, liberalen Demokraten, dessen Beschwörung des Wandels viele von ihnen in den vergangenen Monaten begeisterte, und einem unorthodoxen, mit 72 Jahren schon relativ alten Republikaner. Obama gewann in 28 der 50 Bundesstaaten. Entscheidend für Obamas Sieg waren Erfolge in den Bundesstaaten, die traditionell zwischen Demokraten und Republikanern hart umkämpft sind: Von den *Swing States* gewann Obama die Bundesstaaten Florida, Iowa, Ohio, Pennsylvania und Virginia. Obama siegte auch in US-Bundesstaaten, die wie Virginia seit über vier Jahrzehnten für die Republikaner gestimmt hatten. Insbesondere die Wählerinnen zeigten sich von dem Demokraten überzeugt: 56 Prozent der Frauen, die 53 Prozent der Wähler insgesamt stellten, stimmten letztendlich für den Senator aus Illinois.

Von etwa 208 Millionen Wahlberechtigten ließen sich über 180 Millionen, etwa 73 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, registrieren. Die Wahlbeteiligung stieg im Jahr 2008 auf 63 Prozent, nachdem sie 2004 bei knapp 57 Prozent gelegen hatte. Das sind über 10 Millionen Wähler mehr und bedeutete damit prozentual die höchste Wahlbeteiligung seit dem Jahr 1968. Dies lag vor allem an der Registrierung vieler Jungwähler. Von den 538 Wahlmännern und -frauen aus den 50 Bundesstaaten wählten im Dezember 365 Barack Obama zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten, wobei sein Kontrahent John McCain 173 Stimmen erhielt.

Obama hat in Rekordzeit – in nur knapp sechs Wochen – ein komplettes Kabinett vorgestellt. Nach seiner Amtseinführung am 20. Januar 2009, an der mehrere Millionen Menschen in Washington teilnehmen werden, erwarten ihn dringende politische Aufgaben, deren vordringlichste die Wirtschaftskrise darstellt. Madeleine Albright meinte, normalerweise erbe jeder neue Präsident Kopfschmerzen von seinem Vorgänger. Obama werde jedoch eine ganze Notaufnahme übernehmen müssen.

Neben der designierten Außenministerin Hillary Clinton berief Obama erfahrene Politiker wie Senator Ken Salazar zum Innenminister und den langjährigen Gouverneur von Iowa, Tom Vilsack, zum Landwirtschaftsminister. Aber Obama nominierte auch politische Außenseiter wie den Physik-Nobelpreisträger Steven Chu zum Energieminister und den Chef des öffentlichen Schulwesens in Chicago, Arne Duncan, zum Bildungsminister. Der zukünftige Präsident hielt auch sein Versprechen, mit den Republikanern eng zusammenarbeiten zu wollen: Robert Gates hat er gebeten, das Amt des Verteidigungsministers weiterzuführen und den Republikanischen Abgeordneten Ray LaHood nominierte er als Verkehrsminister. Diese Nominierungen sowie einige seiner politischen Aussagen während der letzten Wahlkampfphase haben jedoch auch einigen Unwillen unter progressiven Demokraten hervorgerufen, die Obamas Rutsch in die politische Mitte kritisieren.

Das Erbe Bushs: Ein politischer Scherbenhaufen

Präsident Bush will die Geschichte und zukünftige Historiker über seine Präsidentschaft urteilen lassen. Jedoch hat er mit einer Präsidentenverfügung bereits veranlasst, dass wichtige Dokumente vor der Geschichte geheim gehalten werden. Zeitzeugen und die öffentliche Meinung stellen ihm bereits jetzt ein verheerendes Zeugnis aus: Seinem Nachfolger hinterlässt er zwei Kriege, einen moralisch-politischen Niedergang, verbunden mit US-amerikanischen Selbstzweifeln und eine tiefe Abneigung gegenüber den USA in vielen Teilen der Welt. Hinzu kommt eine Wirtschaftspolitik, die zur schlimmsten Finanzkrise seit der Großen Depression beigetragen hat.

Seine Administration prägte die außenpolitischen Leitlinien „Krieg gegen den Terror“ und „Achse des Bösen“, auf der sich Irak, Iran und Nordkorea wiederfanden. Um die US-Invasion in den Irak zu legitimieren, schreckte Bushs Regierung nicht davor zurück, die Weltöffentlichkeit über angebliche Massenvernichtungswaffen zu belügen. Seine so genannte Freiheitsagenda hat den Demokratisierungsbemühungen vor allem im Nahen Osten einen Bärendienst erwiesen. Die Verteidigung der nationalen Sicherheit nach den Anschlägen vom 11. September 2001 diente zudem der Bush-Administration als Rechtfertigung für die Einschränkung von Bürgerrechten, geheime CIA-Flüge, für die Anwendung von Foltertechniken wie „Waterboarding“ und einen Abhörskandal der Nationalen Sicherheitsbehörde. Die Gefängnisse im irakischen Abu Ghraib, im afghanischen Baghram und auf Guantanamo stehen stellvertretend für die Verstöße gegen die Genfer Konventionen, für welche die scheidende Administration verantwortlich zeichnet.

Wie sich die Republikanische Partei in Zukunft aufstellen wird, ist noch ungewiss. Jedoch sah sich Präsidentschaftskandidat und Parteifreund McCain genötigt, sich von George W. Bush abzugrenzen. Auch auf dem Republikanischen Parteitag war Bush nicht mehr willkommen, da viele der Abgeordneten aufgrund einer Assoziierung mit dem scheidenden Präsidenten Angst um ihre Wiederwahl hatten. Offen ist, was mit den neokonservativen Vordenkern passiert – werden sie ihre Ideen korrigieren oder weiterhin für sie einstehen? Einig ist sich die Republikanische Spitze, dass sich die Partei neu formieren und ihre politische Gefolgschaft neu rekrutieren muss. Bob Woodward, einer der politischen Star-Journalisten, der Bush ausführlich für sein letztes Buch interviewte, bezeichnete ihn bereits als „einen lausigen Staatschef“.

Der US-Kongress – gestern, heute, morgen

Der 110te Kongress hat ein schwieriges Jahr hinter sich: Den beiden mit Demokratischer Mehrheit geführten Kammern der Legislative – Senat und Repräsentantenhaus – stand die Republikanisch geführte Exekutive – das Weiße Haus mit Präsident Bush – gegenüber. Obwohl die Präsidentschafts- und Kongresswahlkämpfe das politische Geschehen dominierten, wurde das Jahr 2008 zunehmend von der Finanzkrise beherrscht. Die andauernden militärischen Einsätze in Irak und Afghanistan standen ebenfalls weiterhin auf der politischen Tagesordnung.

Viele schätzten den 110ten Kongress als wenig effektiv ein, da wichtige Gesetze entweder nicht eingebracht oder nicht verabschiedet wurden. Allerdings stellte das Ende des Jahres kurzfristig

verabschiedete Konjunkturpaket eine Ausnahme in der Kompromissbereitschaft der politischen Lager dar, wobei die Nachhaltigkeit der Stärkung der US-Wirtschaft durch das Paket noch nicht bewertet werden kann. Weitere wichtige Entscheidungen standen neben der Wirtschafts- und Finanzkrise am Jahresende zu Offshore-Ölbohrungen und zum Nuklearvertrag zwischen den USA und Indien an. Deshalb dauerte die Sitzungszeit des Kongresses ungewöhnlich lange an.

Der Kongress verabschiedete zudem im Februar ein Gesetz zur Stimulierung der Wirtschaft, das Steuernachlässe und Steueranreize an die Wirtschaft sowie an Personen mit mittlerem Einkommen vergab. Das Paket hatte einen Gesamtwert von ca. 152 Milliarden Dollar. Im Mai wurde das Nahrungsmittel- und Energiesicherheitsgesetz verabschiedet, das die Subventionen für Farmer – einschließlich der Ethanolforschung – erhöhte. Das Gesetz wurde bereits 2007 vom Repräsentantenhaus verabschiedet, doch Präsident Bush setzte sein Veto ein, so dass es im Vorfeld überarbeitet werden musste. Im Sommer wurde das Gesetz für Wirtschaftlichen Aufschwung und Immobilien verabschiedet. Es sollte die Hypothekenkrise eindämmen, wofür die *Federal Housing Finance Agency* gegründet wurde. Im Herbst nahm der Kongress den Gesetzesentwurf zur Wirtschaftlichen Notfallstabilisierung an.

Am 4. November standen alle 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses und ein Drittel der Senatoren zur Wahl. Im Haus gewannen die Demokraten 20 Sitze hinzu und kommen jetzt auf 254 Sitze. Auch im Senat konnten die Demokraten weitere Sitze für sich gewinnen und kommen jetzt auf 56 Sitze, die Republikaner nur noch auf 41. Senator Joe Lieberman aus Connecticut, ein ehemaliger Demokrat, der für den Republikaner McCain Wahlkampf machte, sowie Senator Bernie Sanders aus Vermont sind unabhängig, werden aber voraussichtlich mit den Demokraten stimmen. Somit verpassten die Demokraten knapp eine so genannte Filibuster-Mehrheit von 60 Sitzen. Somit kann die republikanische Minderheit durch Dauerreden eine Beschlussfassung verhindern oder wenigstens verzögern. Bei den Gouverneurswahlen konnten die Demokraten in Missouri einen weiteren Posten hinzugewinnen. Damit werden jetzt 29 Staaten von Demokraten und 21 von Republikanern geführt.

Dem Gouverneur von Illinois, Rod Blagojevich, drohte am Ende des Jahres ein Amtsausschlussverfahren wegen schwerer Korruptionsvorwürfe: Er soll versucht haben, den durch Obamas Präsidentschaftssieg frei gewordenen Senatorensitz für Geld und/oder lukrative Jobs für sich und seine Frau anzubieten. Benannt hat er nun den afroamerikanischen Ex-Staatsanwalt Roland Burris, der verspätet Mitte Januar vereidigt wurde. Seine Amtseinschwörung war wegen des anhängigen Verfahrens gegen Blagojevich umstritten. In Minnesota fiel die Wahl zwischen dem Republikaner Norm Coleman und seinem Demokratischen Herausforderer, dem ehemaligen Komiker Al Franken, mit weniger als 300 Stimmen zu Gunsten des Republikaners denkbar knapp aus. Diese Entscheidung soll nun von Gerichten bestätigt werden. Wer den New Yorker Senatsitz von der designierten Außenministerin Clinton übernehmen wird, steht hingegen noch nicht fest.

Einer Gallup Umfrage vom Dezember zufolge lag die Zustimmung der Bevölkerung für die Arbeit des Kongresses im Jahr 2008 mit durchschnittlich 22% auf einem historischen Tief und daher fast so niedrig wie die 18% im Jahr 1992. Vor allem Inflation, Rezession und die enormen Benzinpreise sind für die Kritik am Kongress seitens der Bürger ausschlaggebend. Ihren individuellen Volksvertretern jedoch vertrauen die Bürger viel stärker – die Skepsis bezieht sich auf die politischen Institutionen in der Hauptstadt. Als Vergleich: Die Zustimmung der Bevölkerung für die Arbeit von Präsident Bush lag immerhin bei 31%.

From Wall Street to Main Street – die Finanzkatastrophe

Nach dem Platzen der Immobilienblase im Jahre 2007 brachte das Jahr 2008 die ernüchternde Gewissheit: Die USA steckten 2008 in einer Rezession, die zukünftig noch schwerer werden könnte als die *Great Depression* in den 1930er Jahren. Was als beherrschbar erscheinende Krise auf dem Immobilienmarkt begann und zunächst nur Immobilienfinanzierer und Banken betraf, zog im Laufe des Jahres ganze Industrien in einen rasenden Abwärtsstrudel, der an Schwere und Umfang selbst pessimistische Erwartungen übertraf. Im Jahr 2007 hatten die Kreditinstitute bereits wegen ausstehender Hypothekenschulden von Hauskäufern niedriger Bonität (*sub-prime mortgages*) Milliardenverluste verbuchen müssen. Im Jahr 2008 gerieten sie dann so stark in finanzielle Schieflage, dass sie teilweise nur durch massives staatliches Eingreifen gerettet werden konnten.

Das erste Opfer war die 85 Jahre alte New Yorker Investmentbank *Bear Stearns*, die selbst durch eine Finanzspritze der New Yorker Notenbank nicht vor dem Konkurs bewahrt werden konnte und im März 2008 an die Geschäftsbank *JPMorgan Chase* verkauft wurde. Im Sommer folgten *Fannie Mae* und *Freddie Mac*, die größten US-amerikanischen Immobilienfinanzierer, die fast die Hälfte aller Hypothekenkredite in den USA im Gesamtwert von etwa fünf Billionen US-Dollar vergeben hatten. Sie stehen seit September 2008 unter staatlicher Kontrolle. Im gleichen Monat kollabierten schließlich die verbliebenen fünf großen US-Investmentbanken *Merrill Lynch*, *AIG*, *Lehman Brothers*, *Morgan Stanley* und *Goldman Sachs*. Sie wurden entweder an Geschäftsbanken wie die *Bank of America* verkauft (*Merrill Lynch*), in normale Geschäftsbanken umgewandelt (*Morgan Stanley* und *Goldman Sachs*) oder meldeten Insolvenz an (*Lehman Brothers*). Selbst Banken, die ihr Hauptgeschäft nicht mit Immobilienkrediten machten, gerieten wegen Liquiditätsengpässen und fehlendem Vertrauen in finanzielle Schwierigkeiten. Das Jahr 2008 brachte damit die größte Umstrukturierung im Bankensektor und an der Wall Street seit den 1930er Jahren.

Schließlich wurde auch die US-Regierung aktiv: US-Finanzminister Henry M. Paulson Jr. arbeitete im Herbst ein 700 Milliarden US-Dollar schweres Rettungspaket („bailout“) für die Wall Street aus, das nur zwei Wochen später als Gesetz von US-Präsident George W. Bush unterzeichnet wurde. Dem gingen kontroverse Verhandlungen im US-Kongress voraus: Konservative Republikaner sahen einen ungerechtfertigten Eingriff des Staates in den Markt und Demokraten zögerten, ausgerechnet der Wall Street mit Steuergeldern aus der Krise zu helfen.

Massive Kritik entzündete sich aber auch an den Details des Plans: Zum einen sollte er nach dem Willen der Regierung schnellstmöglich verabschiedet werden. Zum anderen fehlten im ersten, gerade drei Seiten umfassenden Entwurf jedwede Kontrollmöglichkeiten seitens des Parlaments, anderer Regierungsbehörden oder der Gerichte. Der Plan wurde daraufhin um eine staatliche Gewährleistung der Bankguthaben bis zu 250.000 US-Dollar, weitere Steuersenkungen sowie eine Begrenzung der Vergütung von Top Managern ergänzt. Der Einbruch auf den Aktienmärkten brachte selbst konservative Republikaner dazu, die größte staatliche Intervention in den freien Markt seit der *Great Depression* zu unterstützen. Paulson wurden mit dem Gesetz weitreichende Kompetenzen eingeräumt: Er richtete ein Büro für Finanzstabilität im US-Finanzministerium ein und berief Neel Kashkari zu dessen Leiter. Zunächst erhielt er nur 250 Mrd. US-Dollar aus dem Paket, um „schlechte“ Kredite von US-amerikanischen Finanzinstitutionen zu kaufen und damit den Zusammenbruch des

Kapitalmarkts zu verhindern.

Über die Ursachen der Krise sind sich die Experten einig. Der Mangel an Kontrollen und Transparenz sowie das blinde Vertrauen in die Selbstkontrolle der Finanzinstitutionen bei der Bewertung von Risiken haben die Immobilien- und die nachfolgende Finanzmarktkrise ausgelöst. Hypotheken wurden unkontrolliert in größere Bürgschaften gebündelt und an Investoren weiterverkauft. Die in den letzten Jahren stetig steigenden Hauspreise in den USA trieben die Spekulationen weiter an, an denen sich ausländische Investoren in großem Stil beteiligten. Die Auswirkungen des Bebens auf den US-amerikanischen Finanzmärkten waren schließlich weltweit zu spüren. Am 15. November 2008 trafen sich die Vertreter der G-20 Staaten in Washington, DC, um ein gemeinsames Vorgehen zur Stabilisierung der Märkte und zur Bekämpfung der weltweiten Rezession zu beschließen. Man verpflichtete sich, Transparenz, Regulierung und internationale Kooperation zu fördern sowie die internationalen Finanzinstitutionen zu reformieren, damit sich die Krise nicht wiederhole. Die vom deutschen Finanzminister wiederholt eingeforderten Verkehrsregeln auf dem Finanzmarkt werden letztendlich entworfen. Die neue Obama-Administration hat sich schon zur Re-Regulierung bekannt.

Arbeitslosigkeit, Renteneinbußen und Schuldenberg

Die größten Opfer der Krise sind in den USA Arbeitnehmer, Rentner und öffentliche Kassen. Die Arbeitslosenrate stieg von 4.4 Prozent im März 2007 auf 7.2 Prozent im Dezember 2008, den höchsten Wert seit der Rezession in den frühen 1990er Jahren. Die Dunkelziffer dürfte noch weitaus höher liegen, denn es werden nur diejenigen in den USA als arbeitslos erfasst, die aktiv nach einem Job suchen. Insgesamt gingen im Jahre 2008 2.6 Millionen US-Arbeitsplätze quer durch alle Sektoren verloren, gut eine Viertelmillion allein in der Finanzindustrie. Die Erosion auf dem Arbeitsmarkt und die steigende Verschuldung führten auch zu massiven Einbrüchen beim Konsum, der für zwei Drittel der Wirtschaftskraft in den USA verantwortlich ist. Die Rentenersparnisse haben in den letzten 15 Monaten etwa zwei Billionen US-Dollar an Wert verloren, so dass die 94 (von über 300) Millionen US-Amerikaner, die 50 Jahre und älter sind, in ernsthafte Schwierigkeiten geraten sind. Vielen von ihnen wird nichts anderes übrig bleiben als länger zu arbeiten, aber dies wird angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen nicht jedem möglich sein.

Das US-Haushaltsdefizit erreichte in dem am 30. September 2008 abgeschlossenen Haushaltsjahr 455 Milliarden US-Dollar, fast dreimal so viel wie 2007 (162 Milliarden US-Dollar) und vorwiegend finanziert durch Anleihen aus China. Insgesamt liegt das Staatsdefizit bei über zehn Billionen US-Dollar. Dies wird den finanziellen Spielraum der neuen US-Administration erheblich einschränken. Trotzdem kündigte Obama an, ein Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft auf den Weg bringen zu wollen, das 2.5 Millionen Arbeitsplätze bis 2011 sichern oder neu schaffen soll, vorwiegend in den Bereichen einer grünen Ökonomie („green jobs“) und der Infrastruktur. Experten beziffern den Umfang des Pakets auf bis zu 800 Milliarden US-Dollar, und damit höher als die Ausgaben der USA in den letzten sechs Jahren im Irak.

Die Krise könnte aber auch ein positives Ergebnis haben: finanzielle Disziplin. Bisher haben die USA und ihre Bürger massiv über ihre Verhältnisse gelebt. Erleichtert wurde dies durch billiges Geld

ausländischer Investoren. Nachdem viele Investoren nicht mehr willens sind, den Lebensstil der USA auf Pump zu finanzieren, könnte ein Umdenkprozess einsetzen, der dazu führt, dass Kredite nur noch im überschaubaren Rahmen aufgenommen werden und gleichzeitig langfristig gespart wird.

Die Krise der Automobilindustrie: Der Anfang vom Ende der Großen Drei?

Die US-Autoindustrie bekam wie kein anderer Industriezweig die negativen Folgen der Finanzkrise zu spüren: Im Jahr 2008 wurden nur 13 Millionen Fahrzeuge von GM, Chrysler und Ford verkauft, 18 Prozent weniger als im Vorjahr - das schlechteste Jahr seit 1992. Der massive Einbruch, der auf eine verfehlte Modellpolitik und auf fehlende Kredite für potenzielle Kunden zurückzuführen ist, brachte GM und Chrysler Ende 2008 an den Rand des Konkurses. Nachdem ein 14 Milliarden US-Dollar schweres Rettungspaket Mitte Dezember im US-Senat gescheitert war, warf Präsident Bush den Rettungsanker in letzter Minute. Die US-Regierung stellte einen Kreditrahmen von bis zu 17.4 Milliarden US-Dollar – 13.4 Milliarden für GM und 4 Milliarden für Chrysler – unter der Bedingung zur Verfügung, dass die Autohersteller bis Ende März 2009 Umstrukturierungen vornehmen und die US-Autogewerkschaft *United Auto Workers* (UAW) weitere Lohnkürzungen und die Streichung von Sozialleistungen akzeptiert. Sollten die Firmen das kurze Zeitfenster nicht nutzen, profitabel zu werden, wird die US-Regierung die Darlehen zurückfordern. Das Geld für die Kredite stammt aus dem 700 Milliarden US-Dollar schweren Rettungspaket für den Finanzsektor und sollte ursprünglich keinen anderen Sektoren zu Gute kommen.

Die drohende Pleite von GM hätte auch Auswirkungen auf die deutsche Automobilindustrie und zehntausende Arbeitsplätze. Tochter Opel wäre ohne GM aufgrund der geringen Produktionsstückzahl von 1.6 Millionen Autos pro Jahr allein nicht überlebensfähig und forderte deshalb eine Staatsgarantie von 1.8 Milliarden Euro. Das Unternehmen hat laut Betriebsratschef Klaus Franz keine Liquiditätsprobleme, muss aber in neue Modelle investieren. Da Opel kein eigenes Kreditrating habe und der Mutterkonzern Schulden für Entwicklungskosten in Deutschland momentan nicht begleichen könne, sei die Bürgschaft notwendig. Einig sind sich Opel und der Bund bisher nur, dass das Geld nicht in die USA abfließen dürfe.

Gewerkschaften: Auf die Plätze, fertig, los!

Das Jahr 2008 könnte der Startschuss für eine Renaissance der US-Gewerkschaften gewesen sein. Kaum eine politische Gruppe war für den Wahlkampf der Demokraten wichtiger als sie und sie werden nach dem Wahlsieg Barack Obamas ihren Teil einfordern. Dabei fiel den Gewerkschaften vor allem die Rolle der Mobilisierung von Wählern zu. Die beiden großen Dachverbände *AFL-CIO* (neun Millionen Mitglieder in 55 Einzelorganisationen) und *Change to Win* (CTW, sechs Millionen Mitglieder in sieben Einzelgewerkschaften) stellten die Rekordsumme von rund 300 Millionen US-Dollar für den Wahlkampf bereit. Tausende von Helfern allein vom AFL-CIO absolvierten 10 Millionen Hausbesuche, führten 70 Millionen Telefongespräche und verteilten 20 Millionen Flugblätter.

Barack Obama konnte sich schließlich, nach dem Ausstieg der anderen Demokratischen Präsidentschaftsbewerber, den Rückhalt beider Dachverbände sichern, da er bereits in der Vergangenheit ihre Kernforderungen nach einer Erhöhung des Mindestlohns und einer umfassenden Gesundheitsversicherung unterstützt hatte. Zudem brachte er den Entwurf für das zentrale Gesetzesvorhaben der Gewerkschaften – den *Employee Free Choice Act* (EFCA) – mit ein, das es den Gewerkschaften erleichtern würde den Organisationsgrad in Betrieben zu erhöhen. Sie hoffen, dass der 111te Kongress dieses verabschieden wird. Die Nominierung von Hilda Solis als zukünftige Arbeitsministerin ist ein weiteres Signal für die Stärkung der Gewerkschaften. Die vehemente Verfechterin von Arbeitnehmerinteressen, Co-Autorin des EFCA und Sympatisantin Hillary Clintons im Wahlkampf war nicht Obamas erste Wahl, wurde aber besonders vom *AFL-CIO* unterstützt und stand auch auf der Wunschliste von *CTW*.

Laufenlernen: Die US-amerikanische Klima- und Energiepolitik

Auch im letzten Jahr der Bush-Regierung fand das Thema Klimaschutz und Energiesicherheit keinen nennenswerten Platz auf der Agenda. Allerdings war es trotz (oder gerade wegen) der Finanz- und Wirtschaftskrise eines der wichtigen Wahlkampfthemen des Jahres. So war einer der Wahlslogans des McCain/Palin Teams ‚Energieunabhängigkeit‘. Als Antwort auf die Mitte 2008 stark angestiegenen Ölpreise – 147 US\$ pro Barrel im Juli – wurde daher auch das von den Republikanern favorisierte Thema der Offshore Ölbohrungen intensiv debattiert, wobei der Präsident das Verbot der Bohrungen aufhob. Am Jahresende fiel der Ölpreis wieder auf zwischen 60 bis 80 US\$ pro Barrel.

Der wohl bekannteste Umdenker in Sachen Energiesicherheit und Klimaschutz war der texanische Ölmilliardär T. Boone Pickens. Er hielt 2008 Dutzende Vorträge zu Wind- und Solartechnik. Er sieht beide Technologien als Eckpfeiler der Energieunabhängigkeit der USA und gleichzeitig als Chance der Revitalisierung von ländlichen Regionen. Präsident Bush hat jedoch bereits einer 38-prozentigen Budgetkürzung für das Forschungsprojekt ‚Saubere Luft und Globaler Klimawandel‘ der Bundesbehörde für Umwelt für das kommende Jahr zugestimmt. Auch das Programm ‚Energieeffizienz und Erneuerbare Energien‘ des Energieministeriums muss 2009 mit 27 Prozent weniger Budget haushalten.

Die von den Senatoren Joe Lieberman und John Warner 2007 überparteilich eingebrachte Gesetzesvorlage zur Klimasicherheit wurde im Sommer 2008 durch den Widerstand von Republikanischen Senatoren verhindert. Sie sahen die US-amerikanische Wirtschaft in Gefahr. Viele Hoffnungen ruhen nun auf Obama, der als Präsident das Umdenken in der Klima- und Energiepolitik entscheidend lenken könnte. Dabei wird auf der globalen Ebene vieles von den Kopenhagener Klimaverhandlungen im Dezember 2009 abhängen. Dieses Kopenhagener oder Post-Kyoto Abkommen wird auch ein entscheidender Baustein der transatlantischen Kooperation sein, zu dem Vorarbeit vor allem in Washington, Brüssel und Peking geleistet werden muss. Experten betonen jedoch auch, dass Wassermangel die globale Gemeinschaft mittelfristig vor eine noch viel größere Herausforderung als der Klimawandel stellen könnte.

Im Inland wird Obamas Regierung eine Balance zwischen den umwelt-, energie- und klimapolitischen

Zielen und der Wiederbelebung der Wirtschaft finden müssen. Eine der Hauptdiskussionen des Energieteams der neuen Regierung rankt sich um die Rolle des Emissionshandels für CO₂-Emissionen in den USA, für dessen Ausgestaltung es ideologisch wie geographisch bedingt unterschiedliche Vorstellungen gibt.

Draußen viel Neues? – Alte und neue Konflikte in der Welt

US-Truppen sind in zwei offene Kriege bzw. Konflikte involviert: in Irak und in Afghanistan. Den Irak werden sie bis Ende des Jahres 2011 verlassen – darauf einigten sich die USA und Irak in einem Sicherheitsabkommen, welches das irakische Parlament Ende November 2008 mit großer Mehrheit verabschiedete. Das Abkommen, das die neue Rechtsgrundlage für den Einsatz der etwa 150.000 US-Soldaten liefert, muss bis Mitte 2009 noch per Referendum gebilligt werden. Nachdem die Aufstockung der US-Truppen im Irak und die Zusammenarbeit mit lokalen Stammesgruppen gegen al-Qaida – wie in der Anbar-Provinz – kurzfristig zu mehr Stabilität in Irak führten, verschlechterte sich die Lage in Afghanistan. Die Beförderung von General Petraeus vom Oberbefehlshaber für Irak zum Militärfürst für den ganzen Nahen und Mittleren Osten verknüpfte die Situation in den beiden Ländern weiter miteinander – trotz der strukturell großen Unterschiede. Insofern kam die Bush-Administration, nun gefolgt vom Obama Team, zu dem Schluss, dass eine Truppenaufstockung in Afghanistan um mehr als 30.000 auf dann fast 100.000 ausländische Truppen auch am Hindukusch zu einer Stabilisierung führen könnte. Allerdings kann eine solche nur eintreten, wenn gleichzeitig massiv das zivile Engagement verstärkt und eine politische Lösung verwirklicht wird, um die Friedenskonsolidierung auf ein solides Fundament zu stellen.

Parallel zu den zahlreichen Selbstmordanschlägen und dem Wiedererstarken der extremistischen Gruppen unter dem Sammelbegriff Taliban in Afghanistan gab es dramatische Veränderungen in Pakistan: Aus den Wahlen Anfang Februar ging Musharrafs Partei PML-Q nur als drittstärkste Kraft hervor. Endlich mehrten sich auch die Stimmen in den USA, die enge und einseitige Unterstützung für den nicht demokratisch legitimierten pakistanischen Präsidenten aufzugeben. Die Parteien PPP unter Asif Ali Zardari, Bhuttos Witwer, und PML-N unter Nawaz Sharif bildeten eine Koalition und drohten Musharraf mit einem Amtsenthebungsverfahren, dem er mit seinem eigenen Rücktritt im August zuvorkam. US-amerikanische Flieger verfolgten von der afghanischen Seite aus islamistische Kämpfer bis auf pakistanisches Gebiet, wobei sie gewaltbereite Extremisten und pakistanische Zivilisten töteten. Obama kündigte im Wahlkampf an, Extremisten im Ernstfall auch auf pakistanischem Grenzgebiet fassen zu wollen. Die innenpolitische Situation in Pakistan wurde von Terroranschlägen in Islamabad und im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet überschattet, welche einen traurigen Höhepunkt in den Attentaten im indischen Mumbai im November fanden. Die erneuten Spannungen zwischen den Atommächten Pakistan und Indien stellen eine Herausforderung dar, welche nicht nur den Afghanistan-Konflikt dominieren, sondern auch eine Neuordnung in der ganzen Region zur Folge haben werden.

Das US-Engagement im Nahost-Friedensprozess, wiederbelebt beim Annapolis Treffen im November 2007, führte trotz häufiger Besuche von Außenministerin Rice in der Region zu keinem Erfolg. Im Gegenteil: Ende Dezember reagierte Israel auf palästinensischen Raketenbeschuss aus dem Gaza-

Streifen mit dessen heftiger Bombardierung und einem Einmarsch von Bodentruppen. Obwohl sich (fast) alle Beteiligten einig sind, dass die Konfliktbewältigung durch eine Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen wäre, sich auch Israel und Syrien aufeinander zu bewegten und inzwischen auch die USA Gesprächsbereitschaft mit Iran und Syrien signalisierten, erscheint eine Lösung in weiter Ferne zu liegen. Auch im Atomstreit mit Iran gab es wenig Bewegung.

Die russisch-amerikanischen Beziehungen waren insbesondere nach der bewaffneten Konfrontation zwischen Georgien und Russland im August angespannt. Für den Republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain waren gar alle Georgier: "We are all Georgians". Auch der Demokratische Vizepräsidentschaftskandidat Biden reiste nach Tbilissi, um seine Solidarität mit Georgien unter Beweis zu stellen. Obamas erste, eher ausgewogene Reaktion zum Konflikt wurde ersetzt durch wohl dem Wahlkampf geschuldete, starke Russland-kritische Aussagen. Die US-Administration gab jedoch zu bedenken, dass sie Saakaschwili vor dem Abenteuer gewarnt habe, sich mit Russland in einen bewaffneten Konflikt einzulassen. Eine offene Konfrontation mit Russland wollten die USA nicht zuletzt deshalb vermeiden, da die Iran-Krise und auch die 6-Parteien Gespräche mit Nord-Korea nur gemeinsam mit Russland bewältigt werden können. Auch ist die Skepsis gewachsen, Georgien und Ukraine vorschnell den „Membership Action Plan“ (MAP) zur NATO anzubieten, um sich nicht in einem weiteren Konflikt offensiv auf die georgische Seite stellen zu müssen.

Der Streit um das US-amerikanische Raketenabwehrsystem und die Pläne für eine Raketenstationierung in Polen und der Tschechischen Republik schwelte weiter. Verstärkt wurde die neue Eiszeit zwischen den USA und Russland nach der vom Westen unterstützten Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, während Russland hinter dem Anspruch Serbiens auf Kosovo stand.

We want you! – Ausblick auf die Transatlantische Zusammenarbeit

Die Ära der transatlantischen Auseinandersetzungen um den Irakkrieg und die Zeit der Alleingänge der USA scheinen vorüber zu sein. Die Wahl Obamas löste große Begeisterung in Europa, auch in Deutschland aus: Umfragen zufolge hätten vier Fünftel der Deutschen für Obama gestimmt. Der Anti-Amerikanismus der letzten Jahre, der sich häufig gegen die Bush-Regierung richtete, wird zunächst einmal abnehmen. Allerdings sollte deutlich gesagt werden, dass der Demokrat sein Amt in äußerst schwierigen Zeiten antritt und sich zunächst einmal auf die US-Wirtschaftskrise konzentrieren wird. Das grundsätzliche außenpolitische Verhalten der USA wird sich nicht ändern, jedoch werden die USA, immer noch Supermacht, multilateral agieren. Gleichzeitig betont der zukünftige Präsident auch, dass die Welt weiterhin die militärische, diplomatische und moralische Führung der USA benötige. Vor allem wird sich das internationale Ansehen der USA verbessern: kaum jemand könnte glaubhafter als Obama den amerikanischen Traum verkörpern.

Auf der gemeinsamen transatlantischen Agenda stehen unter anderem die Schaffung von Stabilität im Nahen Osten und die friedliche Lösung des Konflikts um Irans Nuklearprogramm, wobei zu erwarten ist, dass mit Iran und Syrien ein aktiver Dialog ohne Konditionen und unter Einbezug der Europäer beginnen wird. Fortschritte sind auch in den globalen Abrüstungsgesprächen zu erwarten.

Die USA werden ihre Truppen im Irak sukzessiv abziehen, aber gleichzeitig die Europäer um Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes bitten – beim Aufbau der Polizei vor allem die Deutschen. Das Argument, die Deutschen seien ja gegen den Irakkrieg gewesen, wird an Bedeutung verlieren, da Obama – anders als seine Außenministerin – dieses auch von sich behaupten kann. Im Gegensatz zum Irak werden die USA ihre Truppenstärke in Afghanistan aufstocken. Von den Deutschen werden sie vor allem mehr Engagement im zivilen Bereich erwarten. Deutschland könnte auch eine zentrale Rolle bei einer regionalen Konfliktlösung in der regionalen Achse von Iran über Afghanistan, Pakistan nach Indien spielen.

Die Obama-Administration wird sich aktiv des Themas Klimaschutz annehmen. Sie wird sich für verbindliche Ziele zur Verringerung der Emissionen in den USA, aber auch auf globaler Ebene einsetzen, unter Einbeziehung der Schwellenländer. Das Kopenhagener Post-Kyoto-Treffen Ende des Jahres 2009 wird die Weichen stellen, ob die transatlantischen Partner Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel sein können. Im Jahr 2009 wird die deutsche Politik auf einen gesprächsbereiten und anspruchsvollen US-Präsidenten treffen, der diese im deutschen und europäischen Wahljahr vor so manche Herausforderung stellen wird. Das erste Mal wird er Europa wohl zum Jubiläumsgipfel anlässlich des 60-jährigen Bestehens der NATO in Straßburg und Kehl Anfang April besuchen.

Das politische Klima in Kanada

Der Jahresbeginn stand ganz im Zeichen der kanadischen Mission in Afghanistan. Im Januar wurde der „Manley-Report“ veröffentlicht: Die konservative Minderheitsregierung von Premierminister Stephen Harper hatte ein Panel unter dem Vorsitz von Ex-Außenminister John Manley damit beauftragt, Kanadas Engagement in der Region Kandahar zu evaluieren. Der Empfehlung des Berichts folgend, stimmte das Parlament im Februar mehrheitlich für die Verlängerung des Mandats bis zum Jahr 2011. Die Hoffnung des US-Verteidigungsministers Robert Gates, Kanada würde sein Mandat in Kandahar über 2011 hinaus verlängern, wies sein kanadischer Kollege Peter McKay zurück. Nach einigen Monaten ohne Verluste starben im Dezember bei zwei Bombenanschlägen jeweils drei kanadische Soldaten. Damit erhöhte sich die Zahl der seit Beginn des Einsatzes vor sechs Jahren getöteten Kanadier auf über 100.

In der Sommerpause, noch bevor das House of Commons wieder zusammentreten konnte, holte sich Stephen Harper von der Generalgouverneurin Michaëlle Jean die Erlaubnis, das Parlament aufzulösen, angeblich wegen dessen „Disfunktionalität“. Aus den Wahlen am 14. Oktober gingen die Konservativen zwar gestärkt hervor, jedoch verfehlten sie das Ziel einer absoluten Mehrheit.

Noch im Herbst kündigte der alte und neue Premier Stephen Harper ein umfangreiches Programm zum so genannten „Geo-Mapping“ in der Arktis an – der systematischen Suche nach Bodenschätzen, da dort bis zu 90 Milliarden Barrel Öl vermutet werden. Dieser Wille zur Ausbeutung gepaart mit dem kanadischen Hoheitsanspruch könnte zu Konflikten mit Europa führen. Wohl nicht zufällig veröffentlichte die EU-Kommission im November ein Papier, in dem sie ihr Interesse an der Region unterstreicht. Was die Handelsbeziehungen betrifft, nähern sich Kanada und Europa dagegen immer stärker an. Im Umfeld des EU-Kanda-Gipfels unter französischer EU-Präsidentschaft Ende Oktober in

Québec City wurden Abkommen zum freien Verkehr von Menschen, Gütern und Dienstleistungen diskutiert, die weit über den Status Quo hinausgehen.

Bewegung kam auch in die lange vernachlässigte Klimaschutzpolitik, und zwar auf Provinzebene: British Columbia, Manitoba, Ontario und Québec schlossen sich der „Western Climate Initiative“ an – einem in Kalifornien geformten CO₂-Cap-and-Trade-System. Und nach der Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten gab die Regierung in Ottawa überraschend bekannt, ein Emissionshandelssystem zwischen beiden Staaten etablieren zu wollen.

Die in den USA losgetretene Finanzkrise ging auch an Kanada nicht spurlos vorüber, obwohl die Banken besser aufgestellt waren und der Häusermarkt nicht zusammenbrach. Doch durch die sinkende Nachfrage des wichtigsten Handelspartners rutschte das Land im vierten Quartal in die Rezession. Besonders hart traf es Ontario. Dort gingen tausende Jobs in der Autobranche verloren. Der einstige Motor der kanadischen Wirtschaft wurde im November zum ersten Mal zur „Have-Not-Provinz“ und erhält nun Geld aus dem Länderfinanzausgleich.

Vor diesem Hintergrund stellte die Regierung Ende November ein Konjunkturprogramm im House of Commons vor, das einen Eklat auslöste. Statt einer Finanzspritze für die Autoindustrie enthielt es die Abschaffung des Streikrechts für den öffentlichen Dienst und die Kürzung der staatlichen Gelder für die Parteien. Die oppositionellen Liberalen und die sozialdemokratischen New Democrats (NDP) kündigten daraufhin die Bildung einer Koalitionsregierung an, geduldet vom separatistischen Bloc Québécois. Ein Misstrauensvotum konnte Harper nur dadurch verhindern, dass er die Generalgouverneurin davon überzeugte, das Parlament vorübergehend auszusetzen (Prorogation).

Wenn es am 27. Januar 2009 wieder zusammentritt, stellt die Regierung ihren Haushaltsentwurf vor. Ob sie die anderen Parteien zur Zustimmung bewegen oder an diesem Tag abgewählt wird, ist im Moment nicht abzusehen. Die Mitte-Links Koalition krankte schon kurz nach ihrer Ausrufung an einem Mangel an Führung, Erfahrung und öffentlicher Unterstützung; eine Koalition auf Bundesebene ist in Kanada unbekannt und wird mit Misstrauen betrachtet. Im Zuge der Turbulenzen fand jedoch bei den Liberalen der lang ersehnte Führungswechsel statt: Wahlverlierer Stéphane Dion, der bis zum geplanten Parteitag im Mai 2009 im Amt bleiben wollte, machte nach dem Scheitern des Misstrauensvotums den Weg für Michael Ignatieff frei. Ignatieff, ein weltgewandter Intellektueller, hat sich der Koalitionsidee gegenüber bis jetzt eher zögerlich gezeigt.

Last but not least

- Hatte die US-Zeitschrift *Time Magazine* 2007 Vladimir Putin zur Person des Jahres gekürt, so war Barack Obama im Jahr 2008 der Preisträger.
- New York Gouverneur Eliot Spitzer, eigentlich bekannt für seinen Kampf gegen Korruption, nahm im März seinen Hut. Als Klient Nr. 9 war er eingetragenes Mitglied eines New Yorker Edelprostituiertenklubs und gab monatlich \$4.000,00 für Schäferstündchen im Washingtoner Mayflower Hotel aus. Teilweise ließ er sich dabei die Flügel nach Washington vom

Steuerzahler finanzieren.

- Der ehemalige US-Football-Profi O.J. Simpson, über dem seit dem Mord an seiner Frau vor 14 Jahren ein Schleier des Verdachts hängt, wurde im Dezember wegen Raub und Entführung verurteilt. Es drohen ihm bis zu 15 Jahren Haft.
- Der dienstälteste Republikanische US-Senator, Ted Stevens (Alaska), wurde im Sommer wegen Korruption angeklagt. Er soll sein Privathaus großzügig haben umbauen lassen, ohne je eine Rechnung dafür erhalten zu haben. Der Demokrat Mark Begich wurde nun statt Stevens in den Senat gewählt.
- Im Dezember wurde die Bestellung eines New Jerseyer Ehepaares in einer Bäckerei verweigert, den Namenszug ihres Sohnes auf eine Geburtstagstorte zu schreiben. Der Grund: das Kind heißt Adolf Hitler Campbell.
- Am Weihnachtsabend verstarb der US-Intellektuelle und Politikwissenschaftler Sam Huntington, Autor des umstrittenen Buches „Kampf der Kulturen“.
- Québec City feierte sein 400jähriges Bestehen. Céline Dion und Paul McCartney gaben Gratis-Konzerte. Gegen den Auftritt von McCartney gab es Proteste der Separatisten, obwohl auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy separatistischen Bestrebungen eine Absage erteilte. Sarkozy ist der Meinung, dass die Welt keine weitere Aufspaltung brauche.
- Wegen eines enormen Rückstaus von Anträgen erwägt Kanada eine Änderung seiner Immigrationspolitik. Der „First-Come-First-Serve“ - Grundsatz soll aufgegeben werden. Stattdessen sollen besonders interessante Kandidaten ihre Aufenthaltserlaubnis schneller bekommen.